Redaktion und Verlag: Karlsbad, Haus **„Graphia"**
Tel. 1081

Preis der Einzelnummer (Im Ausland Kč 2.-) Kč 1.40

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljahrl	
Argentinien . . .	Pes.	0.30	Pes.	3.60
Belgien	Frs.	2 —	Frs.	24.—
Bulgarien	Lew	8 —	Lew.	96 —
Danzig	Guld	0 30	Guld.	3.60
Deutschland . . .	Mk	0 25	Mk.	3.—
Estland	E Kr	0.22	E. Kr.	2.64
Finnland . .	Fmk	4 —	Fmk	48 —
Frankreich . . .	Frs.	1 50	Frs.	18.—
Großbritannien ..	d	4 —	sh.	4.—
Holland	Gld.	0 15	Gld.	1 80
Italien	Lir	1.10	Lir.	13.20
Jugoslawien . . .	Din.	4.50	Din.	54.—
Lettland	Lat.	0.30	Lat.	3.60

Neuer Vorwärts

Sozialdemokratisches Wochenblatt

Nr. 24
Sonntag, 26. Nov. 1933

Bezugspreis im Quartal (Im Ausland Kč 24.-) Kč 18.-

Auslandspreise	Einzelnumm		vierteljährl.	
Litauen	Lit.	0.35	Lit.	6.60
Luxemburg . . .	B Frs.	2 —	B Fr.	24.—
Norwegen	Kr	0 35	Kr.	4 20
Oesterreich . . .	Sch	0 40	Schill.	4.80
Palästina	P. £	0 018	P. £	0·216
Polen	Zloty	0 50	Zloty	6. —
Portugal	Esc.	2.—	Esc.	24 —
Rumänien . . .	Lei	10.—	Lei	120 —
Saargebiet . . .	F.Fr	1.50	F. Fr	18.—
Schweden	Kr	0 35	Kr	4 20
Schweiz	Frs	0.30	Frs	3 60
Spanien	Pes.	0.70	Pes.	8.40
Ungarn	Pengö	0.35	Pengö	4.20
USA.	Dollar	0.08	Dollar	0.90

Schußwaffe gegen „Vorwärts"

Ein hessischer Bluterlaß: Wer den „Vorwärts" verbreitet, wird erschossen

Am Dienstag vor dem 12. November wurde in Darmstadt folgendes amtlich bekannt gemacht:

„Wie das Staatspresseamt mitteilt, wurden am Montagabend in Friedberg einige Exemplare des in Prag gedruckten „Neuen Vorwärts", herausgegeben von der im Ausland befindlichen SPD-Leitung, gefunden. Da vermutet wird, daß frühere Angehörige der SPD und KPD als Verbreiter in Frage kommen, wurde eine größere Anzahl SPD- und KPD-Funktionäre — darunter auch eine Frau — festgenommen und nach Osthofen in das Konzentrationslager gebracht. Auch in Gießen sind ähnliche Drucksachen gefunden worden, die von der SPD herausgegeben worden sind. Die Bevölkerung und besonders ehemalige Angehörige der SPD und KPD werden bei dieser Angelegenheit aufgefordert, beim Auftauchen derartiger Flugblätter oder, wenn solche ihnen mit der Post oder sonstwie zugeschickt werden, diese sofort bei der Polizeibehörde zwecks Meidung schwerer Strafen abzuliefern. Die Polizeibehörden haben die Anweisung, gegen Flugblattverteiler der SPD und KPD mit den schärfsten Maßnahmen, auch mit Schußwaffe, vorzugehen."

•

Die Verhaftungen im ehemaligen Freistaat Hessen sind durch den presseamtlichen Bericht selbst als Geiselverhaftungen gekennzeichnet. Die Polizei konnte der wirklichen „Missetäter", die den „Vorwärts" verbreitet hatten, nicht habhaft werden — also verhaftete sie wahllos und zum Zwecke der Abschreckung ehemalige Funktionäre der Sozialdemokratischen, sowie auch der Kommunistischen Partei. Daß im Dritten Reich wegen Verbreitung des „Vorwärts" sogar auch Kommunisten als Geiseln verhaftet werden, ist kennzeichnend für jenen grundsätzlichen Verzicht auf jede Logik, der das Wesen des herrschenden Systems ausmacht. Bei all seinen Taten liegen Grauen und Gelächter eng nebeneinander.

Unschuldige werden für die Verbrechen des „Neuen Vorwärts" durch Verlust ihrer Freiheit für unbestimmte Zeit bestraft. Gegen die sozusagen „Schuldigen" aber wird ein generelles Todesurteil erlassen, das ohne weiteres Anklage- und Prozeßverfahren sofort zu vollstrecken ist. Die Polizeibehörden haben die Anweisung, gegen die Verbreitung derartiger Druckschriften mit den schärfsten Maßnahmen, auch mit der Schußwaffe vorzugehen.

Verbreitung des „Neuen Vorwärts" wird in Hessen mit dem Erschießen bestraft. Das wird fünf Tage vor dem 12. November amtlich bekanntgegeben!

Trotzdem stimmen 64.000 hessische Wähler gegen das Regime!

•

Hessen ist nicht Ostpreußen oder Pommern. Es ist ein Land mit alter politischer Kultur. Wie Bayern, Württemberg und Baden ist es ein bewußt und betont unpreußisches Land. Sinn für Freiheit gehört zu den Stammeseigentümlichkeiten; ein allen Bevölkerungsschichten gemeinsames Volksbewußtsein mildert die Schärfen zwischen Höheren und Niederen, zwischen Herrschern und Beherrschten.

Das war einmal! Heute ist der „demokratische Süden" dem militaristischen Norden gleichgeschaltet, und das Darmstadt von 1933 ist nichts anderes als das Potsdam von 1733. Barbarische Gleichmacherei vereinigt alle Stämme der deutschen Nation auf demselben Niveau der Bestialität. Der politische Gegner ist nicht mehr der Volksgenosse, der gleichberechtigte Mitmensch, den man mit geistigen Waffen bekämpft, er ist Freiwild, das sich in Höhlen verkriechen muß, um leben zu können, und das man, wo es sich zeigt, mit wohlgezielten Schüssen erledigt.

•

Die französische „Havas"-Agentur hat neulich dem Regime den Gefallen getan, von einer bevorstehenden „Amnestie" zu reden. Seitdem wird diese Phrase von der Weltpresse gedankenlos nachgebetet, Amnestie von wem, für wen, für was? Ist es eine „Amnestie", wenn eine Verbrecherbande von einigen zehntausend unschuldigen Menschen, die sie widerrechtlich gefangenhält, ein paar Hundert laufen läßt, um sie bei der nächsten Gelegenheit wieder zu holen? Und wen hat man überhaupt freigelassen? Die Berichte, die wir zahlreich aus allen Gegenden des Reiches erhalten, wissen sehr wenig von Freilassungen, desto mehr aber von Massenverhaftungen an allen Ecken und Enden, von Brutalitäten ohne Maß und Ziel.

Die bürgerliche Welt ist müde geworden, von diesen Dingen zu reden oder zu hören. Sie nimmt sie bestenfalls mit höflichem Bedauern als unabänderliche Tatsachen hin. Gäbe es nicht das internationale sozialistische Proletariat, so fände der Schrei der getretenen Kreatur bald kein Echo mehr.

Mag es so sein — aber man widerstehe wenigstens der Versuchung, die Taten des Regimes gefällig zu verschönen, indem man von „Amnestie" redet! Amnestie heißt soviel wie Vergessen — aber was hätten die heutigen Machthaber Deutschlands sonst zu vergessen als die Verbrechen, die sie selber begangen haben und die sie mit jedem Tage neu begehen!? Für diese Verbrechen darf es kein Vergessen geben und wird es keines geben!

•

Tod durch Erschießen für Verbreitung oppositioneller Druckschriften fünf Tage vor einer Volksabstimmung und Reichstagswahl — auch der Todfeind des heutigen Systems hätte das nicht erfinden können! Keine Phantasie reicht dazu aus. Es ist das System selbst, das seine Greuelnachrichten produziert. Und nur dort, wo es von Erschießen, Erhängen und Köpfen spricht, gibt es sich, wie es ist, nur dort lügt es nicht, nur dort verstellt es sich nicht. Vor etwa zwei Jahren wurde die Welt durch jene „Boxheimer Dokumente" überrascht, in denen sich der Geist des Dritten Reiches offenbarte. Auch sie kamen aus Hessen. Damals leugnete man die Echtheit — man war ja damals so „legal" wie man heute „pazifistisch" ist — aber heute sind die Greuel, die in der „Privatarbeit des Dr. Best" angekündigt worden waren, durch die Wirklichkeit tausendfach überholt.

Wie groß muß aber die Angst der Machthaber sein, welche entsetzliche Furcht müssen sie vor der Wahrheit haben, wenn sie sich gegen sie nicht anders zur Wehr zu setzen wissen, als durch die tückischen Waffen der legalisierten Meuchelmorde!

„Ideen sind am Ende immer stärker als Kanonen", sagte schon Napoleon. Und so sind Zeitungen, die den Mut zur Wahrheit haben am Ende immer stärker als alle Karabiner und alle Revolver der SA.

Darum erst recht und trotz alledem: „Vorwärts"!



»Auch mit Schußwaffe vorzugehen«

Sachsenburg gegen Hitler

Sensationelles Wahlergebnis in einem Konzentrationslager.

Das Lager Sachsenburg hat unter den Konzentrationslagern des Dritten Reichs schon immer eine Sonderstellung eingenommen. Die Behandlung der Gefangenen war dort weniger brutal als in anderen Lagern. Menschenwürde und Menschenrecht der Gefangenen wurden dort nicht so barbarisch mit Füßen getreten wie sonst fast überall. So konnte sich auch das Unwahrscheinliche ereignen, daß es am 12. November in Sachsenburg eine richtig geheime Wahlhandlung gab, die von den Häftlingen kontrolliert wurde. Das Ergebnis war

516 Nein und 460 Ja.

Zu diesen 460 Ja-Stimmen gehören offenbar die meisten Stimmen der Lagerwache, die eine Stärke von ungefähr 300 Mann hat. Die Belegschaft des Lagers zählte 750 Mann, wovon etwa 100 unter 20 Jahre alt, also nicht wahlberechtigt waren.

Daß das Wahlergebnis mit seiner klaren Mehrheit gegen Hitler wie ein Donnerschlag wirkte, versteht sich von selbst. Augenblicklich setzte ein strengeres Regime ein, ein Rauchverbot und ein Spielverbot waren die ersten Strafen, die über die Gefangenen verhängt wurden, weil sie es mit ihren Staatsbürgerrechten ernst genommen hatten.

Heute ist ganz Deutschland ein Konzentrationslager. Aber ein Konzentrationslager nicht wie Sachsenburg, sondern wie Dachau und Börgermoor. Wie die Abstimmung ausgefallen wäre, wenn die Deutschen noch ein freies Volk wären, zeigt trotz alledem Sachsenburg.

Stahlhelm wider Hakenkreuz

Illegale Literatur der Schwarz-Weiß-Roten

In Deutschland zirkulieren seit einiger Zeit hektographierte Briefe, die weder von Sozialdemokraten, noch von Kommunisten stammen. Sie sind unzweideutig schwarz-weiß-roter Herkunft, im Geiste des noch nicht gleichgeschalteten Stahlhelms gehalten und machen für eine „soziale Monarchie" Propaganda. Wir geben aus einem dieser Briefe eine der wesentlichsten Stellen wieder, um zu zeigen, wie scharf selbst von ganz rechts gerichteten Kreisen das heute herrschende System des Verbrechertums erkannt und beurteilt wird.

. . . Seldte hat, indem er seine Diktatur über den Stahlhelm erklärte und ihn dem Führer des Nationalsozialismus unterordnete, sein eigenes Geschöpf verleugnet und eine nie mehr zu überbrückende Kluft zwischen sich und dem Stahlhelm aufgerissen. Stahlhelmgeist und Diktatur sind ebenso unaufhebbare Widersprüche wie sittliche Freiheit und äußerer Zwang Da aber von der großen Masse der Stahlhelmer diese Diktatur innerlich nicht anerkannt und

Seldte als Verräter

nicht nur Düsterbergs, sondern des Stahlhelms überhaupt, abgelehnt, ja verachtet wird, lebt heute seine Schöpfung in der Gefolgschaft der im Stahlhelmgeist erzogenen Führer der unteren Einheiten fort. Und nichts spricht mehr für die tiefe sittliche Kraft, die im Stahlhelm lebendig ist, als daß dieser Stahlhelmgeist die ununterbrochene Kette von Krisen, die kaum mehr erträglichen Demütigungen, ja selbst die letzte Katastrophe, die Unterstellung des Wehrstahlhelms unter die SA. und damit die Auflösung und Zerreissung des Stahlhelms, also Dinge überstanden hat, an denen jeder andere Verband zugrunde gegangen wäre. Seit dem März haben die Unterführer des Stahlhelms keinen ruhigen Tag gehabt.

Die hinterhältige Taktik des Nationalsozialismus — bei dem alles Taktik, Technik, Mechanik, Agitation, Reklame, Propaganda, Massenwahnpolitik ist

— der Zermürbungs- und Entnervungskrieg hat sie fast täglich vor neuen Lagen und damit vor innere Entscheidungen gestellt, sie von einer inneren Aufregung in die andere geworfen. Die Nächte mußten immer aufs neue zu Führerbesprechungen herhalten, heute hier, morgen dort. An den Abenden mußten sie sich ihren Gefolgschaften stellen, um sie aufzuklären, zu beruhigen, sie hinzuhalten und immer wieder zu überzeugen, daß der Weg ihrer Führer der Richtige ist. Am Tage war der Beruf zu erfüllen — denn im Stahlhelm gibt es keine bezahlten, berufsmäßigen Funktionäre. Sie haben alle Schwierigkeiten zum Trotz ihre Linie durchgehalten und haben sich als Männer von innerer Wahrhaftigkeit und von Charakter so entschieden, daß nichts von dem Wesentlichen, nicht von dem, was Stahlhelmgeist ausmacht, preisgegeben wurde. Der Stahlhelm und Stahlhelmgeist lassen sich nicht vernichten, sie lassen sich nicht zerstören, weil sie exisiteren einzig und allein aus der sittlichen Entscheidung der Männer, die sie bilden und verkörpern — und nicht aus Agitation, aus

mystischer Vergottung eines Menschen

aus Zwang und nur äußerer Disziplinierung.

Alle vom Nationalsozialismus geschaffenen Einrichtungen beruhen dagegen auf Zwang und fordern Unterwürfigkeit und Selbstaufgabe der freien sittlichen Persönlichkeit, ihnen fehlt jedes deutsch-genossenschaftliches Element, ihre Grundlage ist das Gegenteil von Gemeinschaftsgeist und echter Selbstverwaltung.

Methoden und Formen nationalsozialistischer Gesellschaftsgestaltung sind dem bolschewistischen Rußland und dem faschistischen Italien entlehnt.

Beide sind extremste Gegensätze zu dem, was deutschen Geistes, was deutscher Seele, deutschen Volkstums ist.

Die schäbigsten Mittel der Denunziation, der wirtschaftlichen Benachteiligung, der Ausschließung von der freien Mitwirkung am Staatsaufbau und an jeglicher öffentlicher Betätigung, kommen zur Anwendung, die gleichen schäbigen Mittel, die der Politik gegen das deutsche Brudervolk Oesterreich das traurige Gepräge geben.

Schutzhaft und Konzentrationslager

sind die bereits alltäglich gewordenen Mittel gegenüber allen — gleichgültig aus welchem Lager, die es wagen, auch nur im geringsten anderer Meinung zu sein, als die nationalsozialistischen Machthaber. Der Tscheka des Bolschewismus entspricht in Deutschland die geheime Staatspolizei, wohl das unwürdigste Instrument, dessen sich die Politik und gar erst ein Staat bedienen kann. Gegen diese Methoden der Verhaftung unbequemer Menschen, des Konzentrationslagers, der Geheimen Staatspolizei, die barbarisch und unwürdig sind, muß sich echtes deutsches Empfinden auflehnen.

Es ist der Gipfel der Gemeinheit, Männer nur darum in das Konzentrationslager zu sperren, weil sie politische Gegner sind

und nach ihrer Ueberzeugung (die man gewiß als falsch, ja verderblich ablehnen kann, aber darum längst nicht als Anlaß zur Bestrafung wie gemeine Verbrecher zu nehmen braucht), Politik getrieben und gehandelt haben (wie man es mit Führern der Sozialdemokratie und der Freien Gewerkschaften tat) oder weil sie in Ausübung ihrer Aemter mehr Geld verdienten, als es von den heutigen Machthabern für angemessen gehalten wird (so die Geschäftsführer des Rundfunks), oder weil sie irgendeine von der der Machthaber abweichenden Meinung zu vertreten den Mut hatten (so jene 4 nationalsozialistischen Hauptleute aus der Umgebung des Reichswirtschaftskommissars Wagener oder jener SA.-Sturmbannführer, der bei der SA.-Führung wegen Ueberlastung der SA. mit Propagandamärschen vorstellig geworden war). Und es ist der Gipfel der Gemeinheit, die Methoden des Konzentrationslagers mit sadistischen Hohn öffentlich als Mittel zur Gemeinschaftserziehung, der Erziehung zum Dienst am Gemeinwohl zu verherrlichen.

Ein guter Teil dessen, was bisher geschah, atmet den Geist primitiver Rachsucht. Die Unzahl der kleinen Geister, welche diejenigen aus dem anderen Lager verdrängt und sich an ihre Stelle gesetzt haben und die in ihrer Summe das gegenwärtige System verkörpern, schwelgen seit Monaten in kleinlicher Rachsucht und kühlen ihr Mütchen an denen, die mit Gewalt wehrlos gemacht worden sind.

Ist das mannhaft und deutsch?

Ein intelligenter und nicht wie die meisten unkritischer Nationalsozialist, der mit Göring und Heß persönlich Fühlung hat, übermittelte mir eine Aeußerung von Heß: Man müsse mit der nun einmal bestehenden Massenpsychose rechnen, gegen die der Intellekt der besser informierten und verantwortlichen Führer nichts ausrichten kann. Ist das wirklich die Meinung verantwortlicher Führer, dann bedeutet das die Kapitulation des Geistes vor dem Ungeist der Höherwertigen vor den Minderwertigen.

Man erhob den nationalsozialistischen Totalitätsanspruch,

an dem Deutschland zugrunde gehen wird,

wenn nicht zur rechten Zeit seine Ueberwindung gelingt. Denn er steht in unaufhebbarem Widerspruch zur deutschen Seele, zum deutschen Wesen, zu den innersten Kräften, die die deutsche Geschichte bestimmen. Die Mittel dieses Weges sind die der demagogischen Demokratie, sein Erfolg die Demogokratie,

die Pöbelherrschaft.

Die Formen des Wahlkampfes, deren sich seit Harzburg der Nationalsozialismus bediente, stellen den bis dahin unerreichten Gipfel demokratisch-parlamentarischer Methoden dar. Die nationalsozialistischen Wahlversammlungen und die in ihnen gehaltenen Reden bewegten sich auf einem vergleichslosen Niveau geistig-politischer Minderwertigkeit, und den Vogel schossen hierbei die höchsten Spitzen ab.

So etwas Widerwärtiges und Tiefstehendes wie die Göbbelsche Versammlungsreportage, ganz abgestellt auf den minderwertigen Massengeschmack, hat man in Deutschland niemals vorher erlebt.

Aber: der Zweck heiligt die Mittel. Und dann, als der Sieg errungen war, folgte

Treubruch auf Treubruch.

Zunächst ging der Angriff gegen den Stahlhelm, und hier gelang alles leicht, weil Seldte den kühnsten der nationalsozialistischen Gegenspieler nicht gewachsen und innerlich haltlos war. Die prachtvollen Menschen des Stahlhelms wurden um einen schäbigen Ministersitz an die wahrhaft-echt „deutsch-sittliche" Person des Herrn Röhm verkauft. Auch hier: der Zweck heiligt die Mittel. Ohne diesen teuflichen Grundsatz könnte

ein Kerl mit dem Vorleben Röhms

nicht eine entscheidende Rolle mit dem verheißenden neuen Deutschland der Sittenreinheit spielen. Dann ging es gegen Hugenberg, der sittliche Größe und Charakter genug besaß, um eher zu fallen, als von seiner Ueberzeugung abzulassen. Und dieses Schicksal eines echt deutschen, niedersächsisch-protestantischen Mannes ist symbolisch. Wer innerlich fest, aufrichtig, anständig, charaktervoll ist, für den ist in diesem Deutschland des Nationalsozialismus kein Platz. Er muß abtreten, damit für die

Charlatane wie Darré und Feder

Platz wird.

Die Ausschließung oder Zurücksetzung aller anderen Kräfte macht, da sie sachlich nicht zu begründen ist, ihre Diffamierung und Bekämpfung notwendig und so kommt es dazu, daß in die eigentlich zusammengehörenden Kräfte des Volkes das tödliche Gift der Verbitterung, der Zwietracht, der Feindschaft hineingetragen wird, ja, daß unfähige und moralisch zweifelhafte Parteimitläufer schwache und minderwertige Charakteure nur darum, weil sie aus Opportunität, Feigheit oder aus sonst höchst bedenklichen Motiven Nazis geworden sind, vor jenen bevorzugt werden, die den Mut haben, ihre Bedenken gegen den Parteinationalsozialismus bekennen, oder die zu stolz und zu ehrlich sind, um ihre Ueberzeugung zu opfern. Und diese Erscheinungen, die wie

ein zersetzendes Gift im deutschen Volke

wirken müssen, führen mich zu der Forderung, das Regime des Nationalsozialismus durch die Monarchie zu ersetzen — nicht eine solche von Hitlers Gnaden, sondern die Monarchie aus dem mutigen Eigenwillen eines vom Reichsheer gerufenen und emporgehobenen Monarchen.

In summa: Ich lehne das nationalsozialistische Regime, das Deutschland in einen halb bolschewistischen, halb faschistischen Zuchthausstaat umgewandelt hat, ab.

Ich lehne ein Regime ab, das seine Herrschaft rücksichtslos auf die Unterdrückung der freien sittlichen Persönlichkeit und auf der

brutalen Unterdrückung jeder Geistes- und Meinungsfreiheit

aufbaut, wie sie sich in der verlogenen Uniformierung der neuen deutschen Presse am widerwärtigsten spiegelt. Ich verwerfe ein Regime, das offenbar den nur halb verstandenen Visionen nacheifert, wie sie Ernst Jünger in seinem Buche „Arbeiter" niedergelegt hat, und deren Verwirklichung Deutschland in ein bolschewistisches Reich umzuwandeln droht, das

nur Tyrannen und Sklaven

duldet. Ich schaudere vor einem Regime, das einen wahren Götzendienst in einer reklamehaften Verherrlichung einer kleinen Gruppe von Männern nicht nur duldet, sondern selbst betreibt, deren Charaktere höchst zweifelhaft, deren Ziele undeutsch und deren Mittel verwerflich sind, und deren beherrschender Grundsatz die teuflische Maxime ist: „Der Zweck heiligt die Mittel."

*

(Woher der Briefschreiber eine Monarchie nach seinem Herzen nehmen will, nachdem sich das Hohenzollernhaus längst dem System der Gemeinheit „gleichgeschaltet" hat, verrät er nicht! Red. d. N. V.)

Geheimerlaß zur Sozialpolitik

Verbot, von höheren Löhnen zu reden

Auf keinem Gebiet hat sich die Nazi-Demagogie mehr ausgetobt als auf dem der Sozialpolitik. Aufhebung der Brüningschen Notverordnungen war das mindeste, was das anbrechende Dritte Reich bringen wollte. Erhöhung der Löhne, Vierzigstundenwoche ohne Lohnabzug, Herabsetzung der Massensteuern, Sicherung und Verlängerung des Urlaubs und was es sonst an rosiger Arbeiterzukunft geben kann, folgten. Seit Hitler zur Macht gelangt war, wurde die Erinnerung an die eigenen Versprechungen täglich unerwünschter. Und jetzt liegt folgendes vertrauliches Rundschreiben auf unserem Arbeitstisch:

Deutsche Arbeitsfront
(folgt Name der Berufsorganisation.)
im Gesamtverband der Deutschen Arbeiter.
Rundschreiben Nr... Berlin, im Oktober 1933.
An alle Dienststellenleiter.

Nachstehend gebe ich Ihnen eine Anweisung des Leiters des Amtes für Sozialpolitik Pg. Peppler der Deutschen Arbeitsfront bekannt:

Ich verbiete hiemit

allen in der Sozialpolitik tätigen Dienststellen der Deutschen Arbeitsfront, in Reden, Vorträgen, Artikeln usw. irgendwelche Erklärungen zu machen, wie: Wir Nationalsozialisten werden den Wochenlohn einführen, wir werden die Urlaubszeit verlängern,

wir werden für höhere Löhne sorgen

und ähnliches. Durch solch unverantwortliches Treiben werden in den Reihen der Mitglieder der Deutschen Arbeitsfront Hoffnungen erweckt, die zur

Verwirrung und Unruhe

führen. Der politische Gegner wird sich solche Versprechungen sehr sorgfältig notieren und wird die Arbeitskameraden höhnisch danach fragen, wann denn diese Versprechungen nun endlich verwirklicht werden. Das Programm der Partei ist das Programm der Deutschen Arbeitsfront und umgekehrt. Andere programmatische Erklärungen kennen wir nicht.

Zuständig für den Abschluß von Tarifverträgen sind nach dem Gesetze der Treuhänder der Arbeit vom 19. Mai 1933, RGB. I S 285, die Treuhänder der Arbeit. Zur Entlastung der Arbeit der Treuhänder der Arbeit soll die Vorarbeit der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront dienen. Die Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront müssen sich darüber klar sein, daß sie

nicht einseitig Interessen zu vertreten

haben, sondern daß sämtliche Gruppen der Wirtschaft in die Deutsche Arbeitsfront eingegliedert sind. Eine Fühlungnahme der Verbände der Unternehmer und der Arbeitnehmer für unverbindliche Vorbesprechungen in tariflicher Angelegenheit sind an sich nicht unstatthaft, sollen aber tunlichst nicht ohne Kenntnis der Bezirksleiter der Deutschen Arbeitsfront vorgenommen werden. Es ist

in keinem Fall gestattet,

daß Verbände unter Umgehung der Bezirksleiter der D. A. direkte Fühlung mit dem Treuhänder der Arbeit aufnehmen.

Diese Richtlinien sind unbedingt zu befolgen.

Heil Hitler!

Folgt Stempel und Unterschrift des Verbandsleiters."

Wir selbst würden dieses Dokument für eine sozialpolitische „Greuelmeldung" halten, wenn wir uns nicht von seiner Echtheit überzeugt hätten. „Es ist verboten, von Lohnerhöhungen zu reden — Heil Hitler!" Das ist in neun Worten alles, was von den versprochenen sozialen Herrlichkeiten des Dritten Reiches übrig geblieben ist. „Der politische Gegner", von dem man trotz aller Ausrottung immer noch fürchterliche Angst zu haben scheint, wird sich das notieren.

Frick-Erlaß gegen SA.

Ein Notschrei des Reichsinnenministers gegen die vollkommene Rechtsunsicherheit in Deutschland

In Deutschland herrschen Zustände, die zum Himmel schreien. Privatpersonen nehmen sich heraus, das Gesetz zu brechen, sie pfeifen auf die Anordnungen der Behörden, rufen außenpolitische Konflikte hervor und verüben Unrecht in jeder Form. Sie fürchten keine Strafe, denn sie fühlen sich durch die Parteiuniform, die sie tragen, geschützt.

Der Erlaß des Reichsinnenministers Frick, vom 6. Oktober, den wir wiederzugeben in der Lage sind, ist „Greuelmeldung" in konzentrierter Form. Er bestätigt alle Anklagen, die in der zensurfreien Presse außerhalb Deutschlands gegen das heutige Regime erhoben worden sind. Hier der Wortlaut:

Der Reichsminister des Innern
I A 2000/29. 9. Berlin, d. 6. Okt. 1933

Trotz der wiederholten Kundgebungen des Herrn Reichskanzlers und trotz meiner zahlreichen Rundschreiben sind in den letzten Wochen

immer wieder neue Uebergriffe unterer Führer und Mitglieder der SA

gemeldet worden. Insbesondere haben SA-Führer und SA-Männer selbständig polizeiliche Handlungen vorgenommen, zu denen ihnen entweder überhaupt die Befugnis fehlte, oder die sie in einer Weise ausgeführt haben, die mit den bestehenden Gesetzen und den Anordnungen der nationalsozialistischen Regierung nicht vereinbar sind. Auf diese Weise ist kürzlich sogar

die Exterritorialität des Botschafters einer auswärtigen Macht

von eigenmächtig handelnden SA-Männern schwer verletzt und dadurch die Außenpolitik der Regierung in Mitleidenschaft gezogen worden.

Diese Uebergriffe und Ausschreitungen müssen endgültig aufhören. Ich mache es den Herren Reichsstatthaltern, den Landesregierungen und allen nachgeordneten Behörden zur Pflicht, daß gegen solche Uebergriffe und gegen jeden Versuch eines unbefugten Eingriffes

mit aller Schärfe eingeschritten

wird. Soweit Mitglieder der SA von den zuständigen Behörden nicht ausdrücklich als Hilfspolizeibeamte oder als Hilfsbedienstete im Grenzdienst eingestellt sind, stehen ihnen irgendwelche polizeiliche Befugnisse überhaupt nicht zur Verfügung. Jedes polizeiliche Vorgehen der SA hat daher in Zukunft unter allen Umständen zu unterbleiben. Wo es ausnahmsweise notwendig wird, bei einzelnen Aktionen Mitglieder der SA zur Unterstützung der Polizei heranzuziehen, dürfen sie nie selbstständig, sondern nur in Anwesenheit und nur unter Aufsicht der Polizei und lediglich nach den Weisungen des polizeilichen Führers tätig werden. Für die Anwendung und die Handlungen solchen zur Unterstützung zugezogenen SA-Leute

trägt der Führer des Polizeikommandos die Verantwortung.

Auch Hilfspolizeibeamte und Hilfszollgrenzbeamte dürfen ihren Dienst grundsätzlich nur zusammen mit einem Beamten versehen. Nur bei genauer Beobachtung dieser Anordnungen kann wirksam verhindert werden, daß getarnte Provokateure zum Schaden der SA und des nationalsozialistischen Staats in Tätigkeit treten.

Auch sonst darf der Dienst der nationalsozialistischen Staatsverwaltung und der polizeilichen Exekutive durch unzulässige Eingriffe der SA in keiner Weise mehr gestört werden. Derartigen Eingriffen dürfen sich die Behörden nicht beugen.

Strafbare Handlungen von Mitgliedern der SA sind nachdrücklich zu verfolgen. Die Beamten dürfen nicht das Gefühl haben, daß ihnen daraus irgendwelche Nachteile entstehen könnten.

Es erscheint mir notwendig, hierauf die Polizei- und Gerichtsbehörden besonders hinzuweisen.

Es darf nicht wieder vorkommen, daß in Fällen, in denen Mitglieder der SA unzweifelhaft strafbare Handlungen begangen haben, die Täter angeblich nicht ermittelt werden können oder auch wenn es sich um gewöhnliche Straftaten handelt, die mit dem Kampf um die nationale Erhebung nichts zu tun hatten außer Verfolgung gesetzt wurden.

Ein solches Vorgehen liegt ebenso im Interesse der SA selbst, wie es zur Aufrechterhaltung der Autorität des nationalsozialistischen Staates geboten ist, die unter allen Umständen und gegenüber allen Angriffen von sämtlichen Behörden und Beamten gewährleistet werden muß.

Im besonderen Auftrage des Herrn Reichskanzlers ersuche ich die Herren Reichsstatthalter, um die Beobachtung dieser Grundsätze der nationalsozialistischen Staatspolitik unbedingt Sorge zu tragen und darauf zu achten, daß alle Behörden der Länder genau nach ihnen verfahren, und daß Beamte, die ihnen nicht voll Rechnung tragen, ebenso wie

die schuldigen Mitglieder der SA rücksichtslos zur Verantwortung gezogen werden.

Der Herr Reichskanzler wird in seiner Eigenschaft als oberster SA-Führer einen entsprechenden Erlaß an die SA richten, der jeder SA-Dienststelle und jedem einzelnen SA-Mann bekanntgegeben wird.

gez. Frick.

An die Herren Reichsstatthalter und die Landesregierungen.
(Für Preußen den Herrn Preuß. Ministerpräsidenten)
den Herrn preußischen Minister des Innern
den Herrn preußischen Justizminister.

Es ist kein Geheimnis, daß dieser Erlaß des Dr. Frick nicht der erste seiner Art ist. Geholfen hat aber bisher keine Warnung und keine Mahnung, und so läßt sich unschwer voraussehen, daß auch dieser Erlaß, genau wie seine zahlreichen Vorgänger, ein Schlag ins Wasser bleiben wird.

Wenn etwas neu an diesem Erlaß ist, dann ist es die an die Adresse der Beamten gerichtete Drohung, sie würden „rücksichtslos zur Verantwortung" gezogen werden, wenn sie dem Treiben der SA weiter untätig zusähen. Die armen Beamten! Legen sie sich auch der SA an, dann kommen sie in Teufels Küche — und tun sie es nicht, so droht ihnen Frick mit den schwersten Strafen.

Es ist eine Lust, Beamter im Dritten Reich zu sein!

Zahlen aus Sachsen

Ungültige Stimmzettel bis 20 Prozent

Das Ergebnis der Abstimmung am 12. November in Sachsen stimmt fast haargenau mit dem Gesamtergebnis im Reich prozentual überein. Die Wahlbeteiligung im Reiche betrug 95.3%, in Sachsen 95.4%. Auch die Schwankungen der 3 sächsischen Wahlkreise waren ganz geringfügiger Art und betrugen für den Wahlkreis

Dresden-Bautzen	94.6%
Leipzig	94.9%
Chemnitz	95.9%

Schon bei früheren Wahlen war die Beteiligung in den Wahlkreisen Leipzig und Chemnitz höher als in Dresden-Bautzen.

Das Verhältnis der ungültigen Stimmen, also der Proteststimmen gegen die Nazis ist in Sachsen etwas günstiger als im Reichsdurchschnitt. Im Reiche wurden gegenüber den angegebenen Nazistimmen 8½% ungültige Stimmen abgegeben, in Sachsen dagegen 11%. Von den 3 sächsischen Wahlkreisen hat am günstigsten Leipzig abgeschlossen, das 15% ungültige Stimmen gegenüber der Zahl der angegebenen Nazistimmen erreichte, Dresden-Bautzen und Chemnitz jedoch nur 10%. Die genauen Zahlen sind:

	Abgegeb. Stimmen:	%	NSDAP.:	Ungültig:	%
Reich:	42,969.562	95.3	39,621.437	3,348.125	8½
Sachsen:	3,555.342	95.4	3,206.964	348.378	11
Dresden/B.:	1,322.811	94.6	1,210.528	112.283	10
Leipzig:	930.323	94.9	809.782	120.541	15
Chemn. Zw.:	1,302.280	95.9	1,186.654	115.554	10

Ein Vergleich der Resultate in den einzelnen großen Städten Sachsens ergibt eine größere Unterschiedlichkeit als in den Wahlkreisen Sachsens. Für die Städte lauten die einzelnen Vergleichsziffern:

	Abgegeb. Stimmen:	%	NSDAP.:	Ungültig:	%
Dresden:	467.836	95	425.389	42.447	10
Leipzig:	501.419	98.5	425.759	75.660	17
Chemnitz:	239.610	94	217.268	22.342	11
Plauen:	79.065	98	70.057	9.008	13
Zwickau:	58.347	92	54.180	4.167	7.5
Meißen:	32.892	94	28.160	4.732	17
Zittau:	25.415	93	25.217	198	0.8
Bautzen:	26.943	95	24.638	2.305	9.5
Freital:	26.173	95	23.255	2.918	13
Freiberg:	25.093	94	23.166	1.933	8
Pirna:	22.705	94	20.751	1.954	10
Riesa:	18.279	95	16.692	1.587	9
Wurzen:	13.158	99	10.976	2.182	20
Mittweida:	12.896	95.5	11.303	1.593	14
Crimmitschau:	19.849	94	17.198	2.651	15
Glauchau:	22.062	97	20.399	1.663	8
Falkenstein:	10.855	100	10.170	685	7
Meerane:	17.626	96	15.432	2.194	14

Bei einer Vergleichung der Wahlresultate in den einzelnen Ortschaften zeigt sich immer wieder, je größer der Druck ist, je stärker sich der Wähler beobachtet fühlt, um so stärker ist die Wahlbeteiligung und die Stimmenabgabe für die Nazis.

In Borsberg bei Dresden haben sämtliche Stimmberechtigte an der Wahl teilgenommen und nur NSDAP abgegeben und nur mit ja abgestimmt. Schon bei der letzten Wahl waren dort nur 6 marxistische Wähler. Borsberg ist weder mit Straßenbahn, noch mit Eisenbahn erreichbar und liegt auf den Höhen bei Dresden etwas abseits von Verkehrsverbindungen. Es ist klar, daß diese 6 gefährlichen Marxisten fast allen anderen Ortseinwohnern bekannt waren, Stimmenthaltung war deshalb dort kaum möglich. Resultat: 100 % für Hitler.

Bei der Wahlstelle Hauptbahnhof Dresden wurden abgegeben: 1115 für Hitler. und 225 ungültige Stimmen. Die Wähler, meist Reisende, waren dort unbekannt und fühlten sich weniger beobachtet. Resultat: 20% gegen Hitler, der doppelte Prozentsatz wie der Durchschnitt der Stadt Dresden.

Die reinen Arbeiterwohnsitzgemeinden, teilweise mit früheren sozialdemokratischen Mehrheiten oder sozialdemokratischen Bürgermeimeistern, sind fast durchwegs im Stimmresultat wesentlich günstiger als der Reichsdurchschnitt (8½) oder der Wahlkreisdurchschnitt (Ostsachsen 10%). Als Beispiel folgende Resultate:

Bannewitz: Arbeiterort in Ostsachsen mit SPD Bürgermeister, der Ort, wo die Arbeiterturnhalle bereits am 6. März völlig verwüstet wurde und der von der Außenwelt über einen Tag völlig abgeriegelt wurde.

NSDAP 2077, ungültig 481 = 23%, Wahlbeteiligung 95%.

Gittersee: Zwischen Dresden und Freital gelegen, SPD-Mehrheit .

NSDAP 2653, unglütig 406 = 15%, Wahlbeteiligung 97%.

Lausa: Arbeiterwohnsitzgemeinde mit KPD-Mehrheit.

NSDAP 2852, ungültig 403 = 14%, Wahlbeteiligung 94%.

Neugersdorf: Textilindustrie in Oberlausitz.

NSDAP 7016, ungültig 1038 = 14%, Wahlbeteiligung 95%.

Pesterwitz: früher reine SPD-Mehrheit und SPD-Bürgermeister.

NSDAP. 921, unültig 166 = 18%, Wahlbeteiligung 92%.

Auffällig war in der Stadt Dresden die besonders hohe Zahl ausgegebener Stimmscheine. In einzelne Urnen waren offenbar aus kirchlichen Kreisen Proteststimmen abgegeben, die die Aufschrift trugen: „Unser Führer ist Jesus Christi!".

In Dresden waren fast durchwegs neue Wahlvorstände, nur einzelne Vororte mit Arbeitersiedlungen hatten noch sozialdemokratische Mitglieder in den Wahlvorständen (Dr. Briesnitz-Kemnitz-Stetzsch z. B. mit folgendem Resultat: Nazist. 6696, ungültig 920 = 14%).

Otto Wyrgatsch †

Ein Märtyrer der Freiheit

In Kopenhagen wurde vor einigen Tagen die Leiche unseres Genossen Otto Wyrgatsch den Flammen übergeben.

Otto Wyrgatsch kam in jungen Jahren zur Sozialdemokratie. Sein Ingenieurberuf befriedigte den stark politisch interessierten Mann nicht lange. Er wurde Parteifunktionär und Redakteur der sozialdemokratischen Zeitung in Hildesheim. Da er über große journalistische Fähigkeiten verfügte, betraute ihn die Partei mit dem Amt des Chefredakteurs der „Königsberger Volkszeitung". In dieser Eigenschaft hat er im schwärzesten Teil Deutschlands eine scharfe Klinge gegen den täglich frecher werdenden Faschismus geschlagen. Bald war er für ihn der bestgehaßte Mann.

Lange vor dem „nationalen „Aufbruch", schon nach der Juliwahl 1932 wurde Otto Wyrgatsch nachts von SA-Banditen in seiner Wohnung überfallen. Sie mißhandelten die Frau bis sie bewußtlos zusammenbrach und brachten ihm selbst eine schwere Schußverletzung bei. Kaum war er genesen, da mußte er bei Nacht und Nebel über die Grenze ins Exil. Durch die vielen Aufregungen zog er sich eine schwere Herzerkrankung zu, der er nun erlegen ist.

Ein Systemknecht

Der Beruf des Journalisten in Deutschland ist zu einer entehrenden Angelegenheit geworden. Die deutsche Presse ist da, um die Wahrheit zu verschweigen und zu vergewaltigen. Die Leute, die dies Geschält betreiben, fühlen es nicht. Wie wäre es sonst möglich, daß Rudolf Kircher in der „Frankfurter Zeitung" das folgende über die Wahl vom 12. November schreiben konnte:

> „Wer mit seinen eigenen Augen den Wahlvorgang beobachtet hat, der weiß, daß es zwar nicht leicht war, sich der Stimmabgabe ganz zu entziehen, denn die Säumigen wurden gemahnt (was bekanntlich keine neue Einrichtung ist), er weiß aber ebenso genau, daß diesmal wie bei jeder früheren Wahl die Möglichkeit bestand, frei, ungeniert und unkontrolliert das Kreuz hier oder dorthin zu setzen oder es ganz wegzulassen. Wir legten die Zettel in die gleichen großen Urnen wie früher. Ueberall war die gleiche Publizität des Verfahrens wie immer. Wenn aber, wie dies wahrscheinlich in Millionen von Fällen geschah, die Abstimmenden sich insgeheim dachten: „Es sprechen zwar diese und jene Gründe dagegen, daß ich auch für die Reichstagsliste der NSDAP. stimmen" — wenn sie aber gleichwohl das Gefühl hatten: „trotzdem überwiegen die Gründe für mein „Ja", dann ist der Wert gerade dieser Stimmen nur um so höher! Auf diesen inneren Prozeß nämlich, der für viele schmerzhaft ist, weil sie manche Dinge, die geschehen sind, nicht vergessen können oder weil sie diesen oder jenen Teil des nationalsozialistischen Dogmas nicht zu akzeptieren vermögen, wird der Führer des neuen Staates den allergrößten Wert legen, denn nur auf diese Weise ist die Ausweitung von der Partei zum Staat, von der Minderheit zur Volksgemeinschaft möglich."

Herr Kircher, freiwilliger Propagandist für das Hitler-Regime, hat vom Terror nichts gemerkt! Er hat seine eigene Zeitung nicht gelesen, als sie die Terrorreden widergab, die jeden Oppositionellen als Landesverräter bedrohten, er hat nichts gesehen von den umfassenden terroristischen Vorbereitungen, er weiß nicht, wieviele jetzt ihre Arbeitsstätte verlieren, weil sie mit Nein gestimmt haben! — Herr Kircher brauchte sich auch insgeheim nichts zu denken, für ihn bestand bei dieser Wahl keine Problematik. Ob Terror oder nicht. — Herr Kircher brauchte ihn nicht zu fürchten, denn er ist ein getreuer Knecht des Systems!

Was weiß er von den tragischen inneren Konflikten, die der ungeheure und lückenlose Wahlteror bei den Gegnern des Systems hervorgerufen hat! Es klingt wie blutiger Hohn, wenn er von dem für viele schmerzhaften inneren Prozeß spricht, der zum Ueberwiegen der Gründe für das Ja geführt hat.

Es ist nicht nur Hohn, es ist schamlos, gerade die erpreßten Stimmen am höchsten zu bewerten, die Stimmen derer, die sich vielleicht selbst verachten, weil sie dem Druck des Terrors unterlegen sind! Es ist eine Beschimpfung der Opposition, die umso widerwärtiger ist, da eine Antwort in Deutschland nicht möglich ist.

Die Brandstifter

Göbbels Propagandamethoden entlarvt

Die Enthüllung

Die Doppelzüngigkeit der nationalsozialistischen Politik braucht nicht von ihren Gegnern bewiesen zu werden, die nationalsozialistische Propaganda liefert selbst täglich Beweise dafür. Die offizielle Außenpolitik betont täglich laut ihre Liebe und ihren Willen zum Frieden wie ihre freundschaftlichen Gefühle gegen Frankreich — aber zu gleicher Zeit wird der kommende Krieg propagandistisch vorbereitet. Die Pariser Zeitung „Petit Parisien" hat eine Anweisung der Propagandazentrale der NSDAP. für die Tätigkeit in Amerika veröffentlicht, die alle Friedensbeteuerungen Hitlers Lügen straft: Frankreich, der unversöhnliche Gegner — Anspruch auf alle verlorenen Gebiete — Anspruch auf alle Nachbargebiete, in denen deutsche Minderheiten leben. Die Verfasser dieses Dokuments müssen in der ganzen Welt als frivole Brandstifter erscheinen.

Die Mentalität dieser Propagandaanweisung ist die gleiche wie die des Programmbuches von Hitler „Mein Kampf", die diplomatische Geschicklichkeit, die solche Anweisungen zugleich mit heuchlerischen offiziellen Friedensbeteuerungen ergehen läßt, kann sich messen mit der Geschicklichkeit, die seinerzeit Amerikas Eintritt in den Weltkrieg hervorgerufen hat. Man wird sich in Amerika an die Rolle erinnert fühlen, die einst Herr von Papen dort gespielt hat.

Die Enthüllung des „Petit Parisien" hat zu heftigster Ableugnung geführt. Hitlers Außenministerium hat sich nicht mit einem Dementi begnügt, sondern hat einen offiziellen Schritt bei der französischen Regierung unternommen. Es ist nicht bekannt, ob das Dementi sich auch auf jene Teile der nationalsozialistischen Literatur bezieht, in denen die Sätze dieser Propagandaanweisung fast wörtlich enthalten sind.

Divide et impera!

Der „Petit Parisien" fährt inzwischen fort, Dokumente zu veröffentlichen, die den Willen der Nationalsozialisten zu Wiederaufrüstung und Revanchekrieg schlagend beweisen, und die Hitlerregierung fährt fort, die Echtheit dieser Dokumente zu bestreiten und ihre Friedensliebe zu beteuern. Sie hat damit, das muß auch der Gegner zugeben, ihren ersten Zweck, alles zu verwirren und durcheinanderzubringen, gründlich erreicht. In der Tat hat Europa kaum jemals ein solches Bild der vollkommenen Ratlosigkeit gezeigt, wie eben jetzt. Jede Regierung ist über die Art, das deutsche Problem zu behandeln, ihre besonderen An- und Absichten, und oft ist man in den einzelnen Regierungen selbst durchaus keiner einheitlichen Meinung. Das gilt besonders für die englische Regierung, in der MacDonald offensichtlich dazu neigt, der deutschen Forderung nach Wiederaufrüstung Konzessionen zu machen, während Baldwin mehr den französischen Auffassungen zuneigt. Der Bestand der englischen Regierung erscheint durch ihre außenpolitischen Mißerfolge bedroht. In Frankreich sind es wiederum die innerpolitischen und namentlich die finanzpolitischen Schwierigkeiten, die die Beständigkeit der Regierungen und des außenpolitischen Kurses irritieren.

So erscheint gegenüber den Demokratien des Westens der Faschismus augenblicklich als der Stärkere, allerdings nicht der nachgemachte Faschismus von Berlin, sondern der echte von Rom. Immer mehr entwickelt sich Mussolini zum entscheidenden Mann Europas. So hält er heute auch das kleine Oesterreich in seiner Hand, das damit zwischen ihm und seinen deutschen Vasallen ein Streitapfel bleibt. Würde eines Tages aber dieser Konflikt weggeräumt, so würde sich daraus eine Weltlage ergeben, die für Frankreich noch weniger angenehm wäre als die gegenwärtige.

Er „verzichtet" und rüstet

Hitler fährt inzwischen fort mit dem Versuch, Frankreich moralisch und diplomatisch zu entwaffnen. Er unterschreibt und unterstreicht im Pariser „Matin" den Verzicht auf Elsaß-Lothringen, der seinerzeit beinahe Stresemann das Leben gekostet hätte. Er tauscht mit der polnischen Regierung feierliche Erklärungen aus, daß die beiden Länder gegeneinander keine Gewalt anwenden würden. Wenn dies auch nach Locarno und Kellogg-Pakt die dritte Erklärung dieser Art ist, so liegt auch ihre Bedeutung keineswegs darin, daß sie den Frieden befestigt. Auch sie ist nur ein Zug in einem diplomatischen Spiel, das alles durcheinanderzubringen versucht und damit die Kriegsgefahr vermehrt. Auf der einen Seite soll den Polen beigebracht werden, daß sie die Bundesgenossenschaft Frankreichs nicht brauchen, auf der anderen Seite wird aber auch vorgetastet in der Richtung der Rosenbergschen Ideen eines Interventionskrieges gegen Sowjetrußland, nach dessen glücklicher Beendigung Polen zum Austausch für den Korridor und Oberschlesien einen Fetzen von der Ukraine erhalten soll.

Manifest und Warnung

In Zürich hat am 19. und 20. November das Büro der Sozialistischen Arbeiter-Internationale getagt und Beschlüsse gefaßt, die aus der Tagespresse bekannt sind. Sie zeigen diesem Europa, das sich immer mehr zum Tollhaus verwandelt, einen Weg der Rückkehr zur Vernunft, zu geordneten Zuständen und zur Sicherung des Friedens. Aber die Voraussetzung für die Ausführung dieser Beschlüsse wäre, daß der Völkerbund, statt sich in seine Teile aufzulösen, ein wirkliches organisiertes Machtzentrum würde, daß der Wille, die Abrüstungskonferenz unter allen Umständen bis zu einem positiven Ergebnis fortzuführen, bei den entscheidenden Regierungen vorhanden wäre und daß Europa, statt von Faschisten, Halbfaschisten und verängstigten Bürgern von Sozialisten regiert würde.

Da dies nicht der Fall ist, nimmt das Werk der internationalen Brandstiftung bis auf weiteres seinen ungestörten Fortgang.

So wurde das Volk geeint!

Bilder vom 12. November

Hindenburg hat am 13. November dem Reichskanzler Hitler hocherfreut und mit herzlichen Worten den Dank dafür ausgesprochen, daß es ihm gelungen sei, das ganze deutsche Volk zu einigen.

Diese braune Eintopfwahl war ein Erfolg des unerhörtesten Terrors und der brutalsten Gewaltandrohung, die an die Stelle eines freien Wahlkampfes freier Bürger getreten waren. Die Werbemethoden der Diktatur waren in jeder Beziehung einzigartig. Nur ein paar Beispiele aus der Fülle des Materials.

„Wer nein wählt, will keine Arbeit und erhält auch keine Unterstützung." (Plakat im Wohlfahrtsamt Pirmasens.)

„Wer der Wahl fernbleibt, wird von der SA. geholt." (Plakat im Wohlfahrtsamt Pirmasens.)

„Wer hinter die Kulissen geht, wählt nein, wer deutsch wählt, wählt frei. Die Kulissenwähler werden wir uns merken." (Gauleiter Bürckel in einer Wahlversammlung in Pirmasens.)

„Wer nein wählt, ist ein Landesverräter." (Sprechchöre am Wahlsonntag in Pirmasens.)

Plakate mit einem am Galgen erhängten Menschen und mit der Unterschrift: „Ich habe nein gewählt." (Plakate in Nazibuchhandlungen in Pirmasens.)

„Alle Arbeitslosen haben sich im großen Saal der „Stadt Zittau" einzufinden, um die Rede des Volkskanzlers Adolf Hitler anzuhören. Jeder Arbeitslose hat die Kontrollkarte mitzubringen, da am Saaleingang eine Kontrolle über das Erscheinen ausgeübt werden wird." (Arbeitsamt Neugersdorf.)

„Am Sonnabend letzte Kundgebung vor der Volksabstimmung. Jeder Arbeitslose hat sich zu dieser Versammlung abends 7.30 Uhr am Arbeitsamt zwecks gemeinsamen Abmarsches zu stellen. Der ausgehändigte Zettel ist mit Unterschrift und mit Kontrollnummer zu versehen und am Saaleingang bereitzuhalten, woselbst eine Kontrolle über die Anwesenheit durchgeführt werden wird. (Arbeitsamt Neugersdorf.)

Der stellvertretende 1. Bürgermeister Mann, Pirmasens, veröffentlichte einen Aufsatz, in dem es heißt:

„Sollten aber noch einige Verräter unter uns sein und der Gauführer schlägt uns die Zahl derselben im Rathaus an, so werden wir Pirmasenser die Namen derselben gleich danebenschreiben. Dann soll auf ewig der 12. November symbolhaft mit dem 12. Februar verbunden sein."

Am 12. Februar 1924 wurden die 17 Separatisten nach Inbrandsteckung des Bezirksamtes ermordet.

„Um die Mittagsstunde kamen Wahlhelfer in die Wohnungen und fragten höflich, ob man schon gewählt habe. Wenn die Frage verneint wurde, gab es eine Ermahnung, und nach einiger Zeit war der Frager und Mahner erneut da, bis auch die Säumigsten sich bequemt hatten. An den Ausfallstraßen der Stadt standen SA.-Leute, die die Autos anhielten und, ebenfalls in liebenswürdigster Form, fragten, ob man schon gewählt habe.". („Frankfurter Zeitung".)

Die Kriegsopfer des Weltkriegs wurden in fast allen Städten geschlossen zur Wahlurne geführt.

In Mannheim wurde in den Betrieben angekündigt, daß jeder mit dem Verlust seiner Arbeitsstelle zu rechnen habe, der nicht die Politik Hitlers unterstreiche.

In Dortmund erhielten die Arbeiter ein Rundschreiben der NSBO., in dem sie „gebeten" wurden, zu strafferer Durchführung und zur Kontrollmöglichkeit sich am Sonntag früh gruppenweise einzufinden.

In Oberschlesien marschierten die Bauern nach einem gemeinsamen Gottesdienst geschlossen ins Wahllokal, weil sie — wie amtlich gemeldet wird — dort öffentlich ihre Stimme für Adolf Hitler abgeben wollten.

„Der Terror läßt sich nicht in Worten schildern. Man kann es keinem verargen, wenn er aus Sorge um Lohn und Brot umgefallen ist. Mit denen aber, denen in diesem Trommelfeuer die Nerven noch standhielten, läßt sich gewiß eine neue Welt bauen." (Aus einem Brief vom Niederrhein.)

Jeder hatte Angst, daß man nicht doch irgendwie etwas gemerkt haben könnte, das die geheime Wahl illusorisch machte, und deswegen stimmten so viele mit ja. Ich bin unserer Sache treu geblieben. (Aus einem Berliner Brief.)

Das Wahlgeheimnis war in vielen Orten, nicht nur auf dem Lande praktisch aufgehoben. In einer süddeutschen Stadt hatte man die Schirme hinter einer Reihe von Schulbänken verstaut, so daß sie nur mit großer Mühe zu erreichen waren. Wer trotzdem hinter die Kulissen ging, wurde von der SA. in der gröbsten Weise beschimpft. Aus diesem Grunde mußten alle offen wählen.

In einem anderen Fall wurden den Wählern Stimmzettel übergeben, die bereits mit Ja beschrieben waren und schon ein Kreuz hatten. Bemerkung: Der Zettel ist schon fertig.

Wer die Wahlplakette nicht ansteckte, wurde in Braunschweig von der SA. zur Strafe nochmals in das Wahllokal begleitet, selbst wenn sich dort herausstellte, daß er bereits gewählt hatte.

Die Regierung kennt diesen Terror, und sie fürchtet sogar Einsprüche gegen die Gültigkeit der Wahl. Um auch diesen „Gefahren" aus dem Weg zu gehen, ist der bisherige Reichsbeauftragte für Wahlprüfungsverfahren Ministerialrat Dr. Kaiserberg, von seinem Amt entbunden worden. Sein Nachfolger wurde Ministerialrat Dr. Scholz vom Reichsinnenministerium, der schon vor der Hitlerherrschaft als Nazischolz unrühmlich bekannt wurde. Scholz wird auch die befürchteten Einsprüche gleichschalten.

Darüber hinaus werden die Neinwähler, soweit man sie feststellen kann, zur Rechenschaft gezogen und bestraft.

In München wurde der Vikar Fillinger und der abgebaute Krankenkassenkontrollor Edel in Schutzhaft genommen, weil sie der Wahl ferngeblieben waren.

Die Thyssenwerke in Mühlheim-Ruhr haben alle Arbeiter, die nicht zur Wahl gegangen waren, fristlos entlassen.

Brief aus Westdeutschland.

...... 14. November 1933.

Lieber Freund!

Ich muß Dir unbedingt schreiben, damit Du wenigstens weißt, wie es möglich war, daß ein derartiges Wahlergebnis zum Vorschein kam.

Sonntag: In aller Frühe marschierte die Hitlerjugend mit Fahnen und Musik durch die Straßen und wer die Fahne der dummen Jungen, ob jung ob alt, nicht grüßte, der wurde an Ort und Stelle „gleichgeschaltet", nämlich verprügelt. Ja, mein Lieber, hier in Deutschland herrscht jetzt Ordnung. Dieses Deutschland ist jetzt ein großes Zuchthaus. Ab 9 Uhr fuhren Lastautos durch die Stadt; die Wagen waren mit SA. besetzt. Fortgesetzt ertönte der Ruf: „Jeder stimmt mit ja." Vernünftig denkende Menschen glaubten in einem Irrenhause zu sein. Wo man ging oder wo man stand, überall sah man das „Ja", wenn es einem nicht entgegengeschrien wurde. Kein Winkel wurde verschont. Eine derartige Wahlpropaganda haben wir in Deutschland noch niemals gesehen. Das Volk wurde buchstäblich verrückt gemacht.

Es war praktisch keine Wahl; es war direkter Zwang.

Leute, die in einer auswärtigen Krankenanstalt waren, wurden hierher zu Wahl geholt. Wer bis 3 Uhr nicht gewählt hatte, den holte die SA. Du kannst Dir ja wohl vorstellen, daß unter solchen Umständen die Leute alle zur Wahl gingen.

Im Wahllokal sah man nichts anderes als braune Uniformen. Ob Wahlvorsteher oder Beisitzer, alles nur in Uniform. Von unseren Leuten ist keiner als Vorsteher oder nur als Beisitzer bestellt worden. Ging man in die Wahlzelle, so machte ein SA.-Mann den Vorhang auf und zu. Du kannst Dir wohl vorstellen, daß da viele aus Angst nicht wußten, was sie ankreuzten. Ja, es ist sogar vorgekommen,

daß bei starkem Andrang die SA-Leute den Wählern den Stimmzettel aus der Hand nahmen und die Kreuze selbst hinmalten.

Nach dem Wahlakt bekam jeder eine Blechmarke, die er anstecken mußte, zwecks Kontrolle. Wer diese Marke nicht am Rock hatte, der wurde in der Stadt von der SA. angehalten. Die Marke kostete 5 Pfennig. Erwerbslose bekamen sie umsonst.

Daß es beim Auszählen der Stimmen auf ein paar Stimmen nicht ankam, das beweist das **Stimmergebnis in Wanne-Eickel.**

Diese Stadt hat 94.000 Einwohner, Ja-Stimmen sollen 86.000 abgegeben sein. Hier ist der Schwindel offenbar. Es wurden Leute zur Wahl zugelassen, die weder in der Wählerliste standen, noch einen Wahlschein hatten. Trotz allem Terror der verübt worden ist, können wir nie und nimmer glauben, daß die Zählung der Stimmen korrekt erfolgt ist. Es kann sein wie es will, zur Hälfte sind die Stimmen gefälscht.

In Dortmund wurde übrigens am Sonntag einer „auf der Flucht erschossen."

Hoffentlich höre ich bald von Dir. In diesem Sinne herzliche Grüße

Dein

Herausgeber: Ernst Sattler. Karlsbad. Verantwortlicher Redakteur: Wenzel Horn, Karlsbad. Druck: „Graphia" Karlsbad
Zeitungstarif bew. m. P. D. Zl. 159.334/VII-1933.